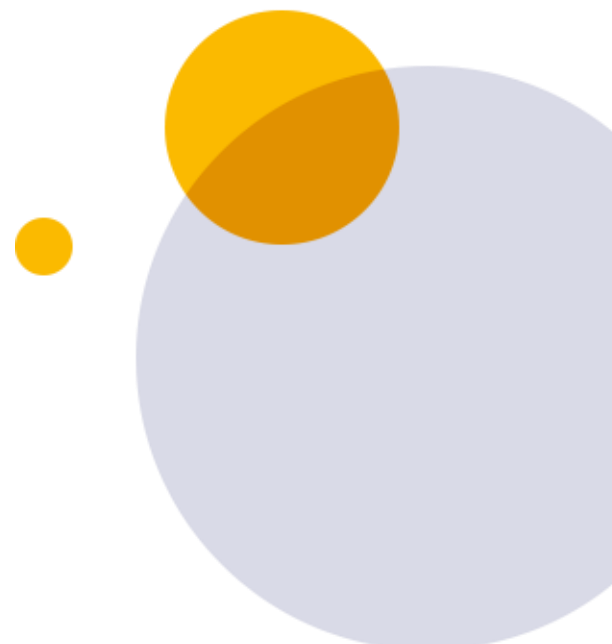


**Antworten**  
auf die  
**WAHLPRÜFSTEINE**  
des  
**Volkshochschulverbandes  
Mecklenburg-Vorpommern e. V.**  
zur  
**Landtagswahl 2021**



## 1. Weiterbildungspolitik

1.1. Die Welt verändert sich immer rasanter; Lebens- und Arbeitswelt sind im permanenten Wandel. Es kommt immer entscheidender auf die Befähigung des Einzelnen an, mit den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Schritt zu halten. Dafür ist Weiterbildung ein Schlüssel. Ungeachtet dessen ist Weiterbildung immer noch ein Stiefkind der Bildungsdebatte in Mecklenburg-Vorpommern.

**Frage: Wie steht Ihre Partei zu unserem Vorschlag, eine Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen, die die Potenziale der Erwachsenen- und Weiterbildung und Wege ihrer besseren Nutzung herausarbeitet?**

### **SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Für uns als SPD ist die Erwachsenenbildung hinsichtlich der Befassung mit Bildung kein Stiefkind, sondern gemeinsam mit der schulischen, beruflichen und hochschulischen Bildung die Voraussetzung für eine offene und tolerante Gesellschaft, die sich mit dem lebenslangen Lernen stetig weiterentwickelt, um mit neuen globalen Herausforderungen Schritt zu halten. Wir sehen das lebenslange Lernen vor dem Hintergrund einer sich stets wandelnden Arbeitswelt als wichtiger denn je an. Daher unterstützen wir die Träger der Berufs- und Erwachsenenweiterbildung sowie die Berufsbildungszentren und wollen auch die gute Zusammenarbeit mit den Kammern und Sozialpartnern fortsetzen. Um die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, haben wir in dieser Legislaturperiode bereits das Bildungsfreistellungsgesetz novelliert. So sollen noch mehr Menschen an Weiterbildungen teilnehmen können. Die Online-Weiterbildungsdatenbank mit integrierter Beratung zur unterstützenden Begleitung der lebenslangen Weiterbildung soll auch weiterhin kostenfrei für alle Menschen zur Verfügung stehen.

Es ist aus unserer Sicht durchaus denkbar, dass aus der Einrichtung einer Arbeitsgruppe durch eine breite Beteiligung von Experten\*innen aus unterschiedlichsten Verbänden, Ministerien und wissenschaftlichen Institutionen sowie unter Einbeziehung vieler Akteur\*innen aus den verschiedenen Regionen im Land ein Mehrwert für die Erwachsenenbildung resultiert. Das Land kann dabei jedoch grundsätzlich nicht in die klare Zuständigkeit der Kommunen als Träger der Volkshochschulbildung hineinregieren. Wenn es darum geht, lebensbegleitendes Lernen nachhaltig und wirkungsvoll zu gestalten, sollte im Rahmen einer solchen Arbeitsgruppe das gesamte System des lebensbegleitenden Lernens, also allgemeine, politische und berufliche Weiterbildung, gleichermaßen Berücksichtigung finden. Die verschiedenen Bereiche der Erwachsenenbildung könnten hinsichtlich ihrer Ziele, Zielgruppen und Akteur\*innen analysiert und Synergieeffekte hinsichtlich einer auskömmlichen Finanzierung auf den Prüfstand gestellt werden.

### **CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Die CDU Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich ausdrücklich zur Erwachsenen- und Weiterbildung und zum Prinzip des lebenslangen Lernens. Angesichts des digitalen Wandels in Gesellschaft und Arbeitswelt spielt die nebenberufliche oder ehrenamtliche Qualifizierung eine zunehmend wichtige Rolle, nicht zuletzt um den in vielen Branchen bestehenden Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren begegnen zu können. Volkshochschulen sind mit ihren vielfältig aufgestellten Kursangeboten dabei unverzichtbare Partner, um Menschen in unterschiedlichen Alters- und Berufsgruppen zu qualifizieren. Sehr gut vorstellbar und wünschenswert ist eine stärkere parlamentarische Positionierung des Themenkomplexes „Zukunft der Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern“ in einem geeigneten Beteiligungsformat.

### **DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Lebenslanges Lernen und insbesondere die Weiterbildung von Menschen waren immer wichtig und sind heute wichtiger denn je. Volkshochschulen sind ein zentraler Baustein in der Bildungslandschaft, besonders wenn es um die Bildung von Erwachsenen geht. Inwieweit eine Enquete-Kommission dazu beitragen kann, neue Methoden und Möglichkeiten der Erwachsenenweiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu ermitteln und in der Folge einzuführen, muss sorgfältig diskutiert und abgewogen werden. Wir verschließen uns dem Anliegen nicht.

### **AfD Mecklenburg-Vorpommern:**

Der These, „Die Weiterbildung hat die Aufgabe, dem Einzelnen zu helfen, im außerschulischen Bereich seine Fähigkeiten und Kenntnisse zu vertiefen, zu erweitern oder zu erneuern. Die Weiterbildung soll den Einzelnen zu einem verantwortungsvollen Handeln im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Bereich befähigen und damit der freien Gesellschaft im demokratischen Rechtsstaat dienen“, schließt sich die AfD vollumfänglich an. Nicht zu Unrecht wird die „Volkshochschule“ als die bekannteste Weiterbildungsinstitution Deutschlands angesehen.

Die Möglichkeit, sich eigenverantwortlich fortzubilden und damit langfristig eine Entlastung des Staates bei den Versorgungsleistungen zu erreichen, muss vordringlichste Aufgabe der Volkshochschulen sein.

Gleichwohl liegt die Zuständigkeit für die Volkshochschulen in kommunaler Hand, was eine niedrighschwellige Zugangsvoraussetzung darstellt und für die AfD wegen der räumlichen Nähe zu den Kursteilnehmern als Idealzustand angesehen wird.

Daher sprechen wir uns für eine Stärkung der Kommunen bei der Bereitstellung der Weiterbildungsmöglichkeiten durch Volkshochschulen aus und werden die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie diese wichtige Aufgabe ausüben können.

Somit gilt: Den Vorschlag der Volkshochschulen zur Bildung einer Enquete-Kommission „Zukunft der Weiterbildung in MV“ befürworten wir, sofern sie keine einseitige politische Ausrichtung erhält. Eine Erhöhung der Kursleiter-Honorare halten wir für längst überfällig. Der dadurch entstehende finanzielle Mehrbedarf sollte einerseits durch die öffentliche Hand, andererseits aber auch durch Optimierung des Kursangebotes sowie durch maßvolle Gebührenanhebungen bei ausgesprochenen Hobby-Kursen erfolgen.

### **FDP Mecklenburg-Vorpommern:**

Wir Freie Demokraten halten lebenslanges Lernen für extrem wichtig und sehen daher einen großen Mehrwert in kontinuierlichen Weiterbildungen. Gerade auch angesichts der fortschreitenden Digitalisierung ist es notwendig, Menschen auf neue Aufgaben adäquat vorzubereiten. Die Beschlüsse der alten Enquete Kommission sind daher bis heute gültig, sie müssen aber dringend ergänzt und laufend aktualisiert werden. Wir sprechen uns daher gegen eine neue Kommission aus, da wir den Aufwand als nicht gerechtfertigt sehen, wenn wir auch die bestehende weiterentwickeln können.

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:**

Mit dem Wandel unserer Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen, die Beruf und Alltag an jeden Einzelnen stellen. In Anbetracht von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel gibt es kein Lebensalter, das ohne Dazulernen auskommt. Bildung kann längst nicht mehr mit der Ausbildung, dem Studium oder dem Berufseinstieg abgeschlossen sein. Weiterbildung ist darum für uns ein entscheidender Schlüssel, mit dem wir unsere individuelle Zukunftsfähigkeit und damit auch die Zukunft unserer Gesellschaft sichern. Ihre Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung, die Mündigkeit Erwachsener und die selbstbestimmte Lebensführung kann nicht überschätzt werden. Weil sie der Erstausbildung in puncto Relevanz künftig nicht nachstehen wird, muss sie neben Schule, Ausbildung und Studium eine vierte gleichberechtigte Säule unseres Bildungssystems werden. Angesichts eines einerseits unübersichtlichen Weiterbildungsmarkts und andererseits nicht optimal finanzierten öffentlichen Angebots kann eine **Enquetekommission** ein wirksames Instrument sein, um neue Wege und Struktur für die Weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Mit der Coronapandemie haben sich allerdings neue, noch nicht vollständig übersehbare Problemlagen für das Land ergeben. Als GRÜNE sehen wir außerdem noch weitere wichtige Bereiche, u.a. die Entwicklung des ländlichen Raums oder Klimaschutz und Klimawandel, die aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung für MV ebenfalls Gegenstand einer Enquetekommission sein könnten. Eine verbindliche Aussage können wir dazu derzeit nicht geben. Alternativ wäre auch eine breit angelegte Expert\*innenkommission vorstellbar, der – vergleichbar mit der Kommission für die Inklusion – auch Vertreter\*innen der Fraktionen angehören.

**1.2.** Der staatliche Anteil an der Förderung der öffentlich finanzierten Erwachsenen- und Weiterbildung nach WBG/WBFöG hat sich in Mecklenburg-Vorpommern seit mindestens 15 Jahren nicht erhöht. Dadurch konnten die Honorare in den meisten Volkshochschulbereichen seit Jahren kaum angehoben werden. Die Volkshochschulen stehen vor einem Dilemma: Im Falle der Nichtanpassung der Honorare für Kursleiter\*innen drohen ein massiver Lehrkräftemangel und damit verbundene Einbußen in Qualität- und Angebotsspektrum; im Falle der Honorarerhöhung mittels Gebührenanhebung sind der Verlust bzw. der Ausschluss von Teilnehmer\*innen zu befürchten. Das würde dem Auftrag und dem Selbstverständnis der Volkshochschulen, allen Menschen erschwingliche Weiterbildungsangebote zu unterbreiten, widersprechen.

**Frage: Mit welchen Maßnahmen beabsichtigen Sie, die Volkshochschulen bei der Lösung dieser Herausforderungen zu unterstützen?**

**SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Volkshochschulen sind für uns bedeutsame Grundpfeiler unseres Bildungssystems, die wichtige Chancen eröffnen, auf dem zweiten oder dritten Weg, Bildungsabschlüsse zu erreichen. Wir erkennen an, dass die Volkshochschulen seit geraumer Zeit mit demselben Haushaltsansatz auskommen müssen und demgegenüber die Kosten durch die Teuerungsrate und Lohnsteigerungen gestiegen sind. Zudem sehen wir auch, dass es in der aktuellen Situation für die Träger der Volkshochschulen, die Landkreise und kreisfreien Städte, zunehmend schwerer wird, ihre Zuschüsse zu erhöhen. Eine Erhöhung der Kursteilnahmegebühren kann nach unseren Vorstellungen des gerechten Zugangs zu Bildung nicht in unserem Interesse sein; genauso wenig wie Einsparungen bei den Personalkosten, da die Personalgewinnung schon jetzt eine große Herausforderung darstellt. Daher wollen wir die Volkshochschulen insbesondere bei den Personalplanungen für den Schulbereich berücksichtigen.

**CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Der Zugang zu weiterqualifizierenden Bildungsangeboten muss selbstverständlicher und integraler Bestandteil der Bildungspolitik Mecklenburg-Vorpommerns werden. Um diese Zielsetzung wirkungsvoller als bisher umzusetzen, bedarf es neuer, innovativer und niedrigschwelliger Formate, um Interessierte gezielt mit maßgeschneiderten Fortbildungsangeboten zu versorgen und die Anschlussfähigkeit der Breitenbildung an die Megatrends von morgen nachhaltig zu sichern. Weiterbildung in M-V muss dabei nicht nur digitaler gedacht werden, sondern ebenso auf die aktuellen Herausforderungen der beruflichen, politischen oder ehrenamtlichen Fortbildung eingehen und dabei zielgerichtete und bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote vorhalten. Die CDU M-V setzt sich dafür ein, das im vergangenen Jahr novellierte Bildungsfreistellungsgesetz zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen. Verbunden ist damit zu prüfen, ob sich die Anzahl der Weiterbildungsangebote tatsächlich erhöht hat oder die Frage, ob die Erhöhung der Erstattungspauschalen als auskömmlich angesehen werden können. Gemeinsames Ziel muss es sein, die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Fortbildungsformaten zu verbessern. Darüber hinaus wird die CDU M-V geeignete Maßnahmen entwickeln, um die VHS in MV gezielt bei der Erstellung von digitalen Angeboten zu unterstützen.

**DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land die Zuschüsse an die Volkshochschulen für den zweiten Bildungsweg in dem Maße erhöht, dass diese in die Lage versetzt werden, den Lehrkräften angemessene Honorare zu zahlen. Darüber hinaus wollen wir, dass auch die Volkshochschulen in den Digitalpakt einbezogen und wie allgemeinbildende und berufliche Schulen Förderungen für die digitale Infrastruktur und Endgeräte erhalten.

**FDP Mecklenburg-Vorpommern:**

Der Fachkräftemangel im Bildungsbereich lässt sich allein durch höhere Bezahlung nicht lösen. Wie auch in der primären und sekundären Bildung muss dem Problem mit eigener Ausbildung und Anwerbung von Fachkräften begegnet werden. Die Honorare an den Volkshochschulen müssen laufend an die aktuellen Erfordernisse und das allgemeine Gehaltsniveau angepasst werden.

Um mehr Mittel für die Honorare zu erwirtschaften, halten wir eine stärkere Finanzierung über die Teilnehmerbeiträge für sinnvoll. Mit einem entsprechenden Kursangebot, auch mit stärkerem Fokus auf Digitalisierung, können mehr Teilnehmer gewonnen werden, wodurch auch die Tätigkeit an der Volkshochschule an sich attraktiver wird.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:**

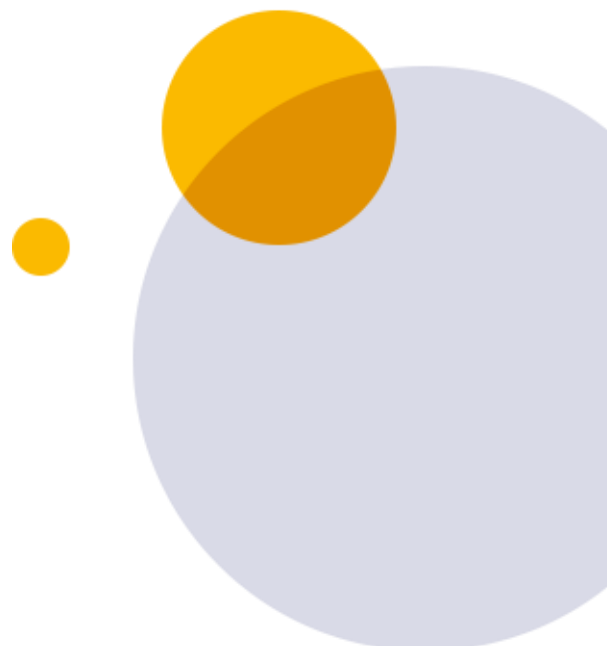
Wir treten für eine höhere Vergütung von Honorarkräften an den Volkshochschulen ein. Mit dem i. d. R. entschädigungslosen Wegfall eines Großteils der Kurse während der Corona-Pandemie wurden viele Lehrkräfte zusätzlich benachteiligt und belastet. Träger und Land stehen hier gemeinsam in der Pflicht, die Landeszuschüsse müssen entsprechend steigen.



**Probier  
Dich aus**

Suchen, finden, buchen.  
Mit dem vhs-Kursfinder auf  
[www.volkshochschule.de](http://www.volkshochschule.de)

**vhs**



## 2. Weiterbildung für eine digitalisierte Welt

2.1. Die Corona-Pandemie hat die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche enorm beschleunigt. Menschen aller Altersgruppen und Milieus haben erfahren, dass gesellschaftliche Teilhabe zunehmend von digitalen Kompetenzen abhängig ist. Die Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern haben mit der Einführung der vhs.cloud und hoher kommunaler Investitionen in die digitale Lerninfrastruktur bereits vor der Pandemie bewiesen, dass sie sich den Herausforderungen des Lernens im digitalen Zeitalter stellen. Leider ohne Unterstützung eines Landesprogrammes zur Digitalisierung in der Weiterbildung.

**Frage: Wie stehen Sie zu einem Förderprogramm zur digitalen Breitenbildung?**

### **SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Fragen 2.1. und 2.2. möchten wir in der Folge zusammenhängend beantworten. Für den Erwerb digitaler Kompetenzen wollen wir durch sozial und wirtschaftlich ausgewogene Rahmenbedingungen die Chancengleichheit der Generationen fördern. Der Erwerb digitaler Kompetenzen beginnt mit dem Lesen lernen in der Grundschule und er setzt sich fort als ein lebenslanges Lernen, für das wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen wollen. Wir wollen digitale Teilhabe für alle Menschen entsprechend ihrer Bedarfe ermöglichen. Niemand darf aufgrund von Alter, körperlichen Beeinträchtigungen oder Armut von dieser Partizipation ausgeschlossen sein. Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Weiterbildungsträger in die Lage versetzt werden, sich mit einer verlässlichen digitalen Infrastruktur auszustatten. Dazu wollen wir uns auf Bundesebene für ein Digitalisierungsprogramm einsetzen, das ähnlich dem DigitalPakt Schule bei den allgemeinbildenden Schulen Mittel für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stellt. Das Land M-V ist in dem Arbeitskreis Weiterbildung der Kultusministerkonferenz vertreten, wo die Problematik der „Bildung in der digitalen Welt/Weiterbildung“ derzeit bearbeitet wird. Von einem Bundesprogramm „Bildung in der digitalen Welt/Weiterbildung“ sollte auch der Zweite Bildungsweg an Volkshochschulen partizipieren. In dem Fall ist es unser Anliegen, in Analogie zu dem Vorgehen im Schulbereich zu verfahren: Kursteilnehmende und Kursleitende sollten die Möglichkeit erhalten, sich Endgeräte für den Fernunterricht zu leihen. Dies ist insbesondere deshalb beim Zweiten Bildungsweg wichtig, weil es sich bei den Teilnehmenden um Personen handelt, die im ersten Bildungsweg gescheitert sind und häufig unter schwierigeren finanziellen Bedingungen lernen müssen. Die Landesstrategie zur hiesigen Umsetzung eines solchen Programms soll insgesamt die Bedürfnisse aller Einwohner\*innen im Rahmen ihrer unterschiedlichen Wissensstände im Umgang mit digitalen Möglichkeiten berücksichtigen. Dabei sollen neben Anwendungskennnissen auch Medien- und Informationskompetenz sowie Datensicherheit Berücksichtigung finden. Diese sind zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die digitale Breitenbildung zu identifizieren, um im Ergebnis die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, souverän am digitalen Wandel teilzuhaben. Die Einrichtungen müssen zudem über ihre jahrelangen und weitgehenden eigenen Anstrengungen hinaus befähigt werden, Personal für den technischen und medienpädagogischen Support einzustellen.

### **CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Wie in der Beantwortung zur Frage 1.2 erwähnt, muss es in Zukunft darum gehen, die Anzahl der Weiterbildungsangebote zu erhöhen und zugleich deutlich stärker digitale Angebote anzubieten. Ein gezieltes Förderprogramm zur digitalen Breitenbildung kann dabei Bestandteil einer Lösung sein.

### **DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Aus- und Weiterbildung aller Bevölkerungsschichten mit digitalen Medien für Anwendungen in allen Lebensbereichen ist angesichts der weiter fortschreitenden Digitalisierung von großer Bedeutung. Gerade ältere Menschen haben heute zunehmend Schwierigkeiten, sich im digitalen Dschungel der Verwaltungsanwendungen, des Internets und der Einholung von Informationen zurechtzufinden, sich zu orientieren und auch zu schützen. Hier müssen Angebote geschaffen werden, damit alle Menschen mit den neuen Medien vertraut gemacht und

im Umgang geschult werden können. Dabei können die Volkshochschulen eine effektive Unterstützung leisten und neue Bildungsfelder erschließen. Dazu ist es aber notwendig, möglichst niedrigschwellige Angebote zu machen, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen. Hier können Förderprogramme des Bundes und/oder des Landes ein wirksames Instrument sein – analog zur Finanzierung der Grundbildung/Alphabetisierung.

#### ***AfD Mecklenburg-Vorpommern:***

Die pandemiebedingten Defizite im Bildungsbereich werden die Gesellschaft und die Arbeitswelt zukünftig vor enorme Herausforderungen stellen. Neben einem breiten Nachhilfeangebot für unsere Schüler benötigen auch die Volkshochschulen eine zusätzliche Unterstützung, um ihren Auftrag der Grundbildung erfüllen zu können und die durch vermeidbare Schulschließungen entstandenen Wissenslücken zu schließen.

Die Bereitstellung digitaler Technik ist dafür unerlässlich, die auch die Weiterbildung im ländlichen Raum, der oft durch lange Anfahrtswege geprägt ist, verbessert. Die AfD wird sich daher für eine zeitgemäße Ausstattung der Volkshochschulen mit digitalen Endgeräten einsetzen und dies auch durch eine Landesförderung flankieren. Bedingung für die Bereitstellung digitaler Bildungsangebote ist aber ein verfügbares schnelles Internet, das endlich flächendeckend vorliegen muss.

Ergo: Digitale Breitenbildung ist eine wichtige Aufgabe der Volkshochschulen. Ein entsprechendes Landesprogramm würde dieses Ziel unterstützen. Allerdings hielten wir es im Interesse einer Einschränkung von Bürokratie für günstiger, wenn die Volkshochschulen in Eigenverantwortung ihre zu erhöhenden Mittel maßgeschneidert für die Bedürfnisse ihrer Kursteilnehmer einsetzen könnten.

#### ***FDP Mecklenburg-Vorpommern***

Digitale Bildung ist eine Schlüsselkompetenz auf dem Arbeitsmarkt und darüber weit hinaus. Hier bietet sich beispielsweise eine Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen aus der Region an, die ein Interesse an der digitalen Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter haben.

Wir brauchen hier eine Regionalisierung und kein zentrales Landesprogramm. Mit Unterstützung der VHS können auch kleine Unternehmen Fortbildungen verwirklichen und Mitarbeiter weiterqualifizieren, was beiden Seiten einen Mehrwert bringt. Auf der Gegenseite kann die VHS von den Unternehmen profitieren, die entsprechende Gebühren entrichten. Zudem können auch Gruppen, die weniger Affinität zur Digitalisierung aufweisen, Kompetenzen erwerben, um diese im Alltag, im Ehrenamt und in der Gesellschaft anwenden zu können.

#### ***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:***

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Volkshochschulen in MV den Schritt in Richtung Digitalisierung gegangen sind, aber auch noch erhebliche Unterstützung benötigen. Gerade in einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bietet die Digitalisierung enorme Chancen, deutlich mehr Menschen den Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Auch für Präsenzkurse schafft die Verknüpfung mit digitalen Inhalten neue Möglichkeiten. Zudem ist eine gute digitale Infrastruktur Voraussetzung dafür, die Teilnehmenden auch inhaltlich fit für die Herausforderungen der Digitalisierung zu machen. Die Digitalisierung prägt die gesamte Gesellschaft und muss über alle Altersgruppen hinweg begleitet und gestaltet werden. Nahezu alle aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen spiegeln sich im digitalen Raum und verstärken sie oft. Unser Ziel ist die ‚digital citizenship‘, das heißt: alle haben die Fähigkeiten, Teil der digitalen Gesellschaft zu sein und darin mitzuwirken. Medienbildung ist dabei ein wichtiges Mittel gegen Ungleichheiten: wer digitale Informations- und Diskussionsangebote nicht nutzt, wird zunehmend gesellschaftlich benachteiligt sein. Digitalisierung und Medienbildung sollten darum immanenter Bestandteil der Erwachsenenbildung sein. Wir unterstützen ein entsprechendes Förderprogramm darum ausdrücklich. Angesichts der Bedeutung wäre ein „Digitalpakt Weiterbildung“ ein logischer und notwendiger Schritt, um neben den VHS selbst auch Lernende und Lehrende angemessen auszustatten.

**2.2.** Der zweite Bildungsweg an den Volkshochschulen wird bislang vom „Digitalpakt Schule“ nicht erreicht. Weder „Schüler-Tablets“ noch „Lehrer-Laptops“ stehen zur Verfügung. Dabei besitzen nur ca. 50 % der Teilnehmenden in der Berufsreife und zwei Drittel der Teilnehmenden in der Mittleren Reife ein für digitales Lernen geeignetes Endgerät.

**Frage: Mit welchen Maßnahmen planen Sie, diese Ungleichbehandlung zu beenden und die Volkshochschulen und ihre Teilnehmenden dabei zu unterstützen, einen methodisch zeitgemäßen, digitalen Unterricht durchzuführen?**

**SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Siehe Frage 2.1.

**CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Wir setzen uns dafür ein, deutlich mehr Möglichkeiten für die Aus- und Weiterbildung zu schaffen. Weiter unterstützen wir die Idee, Weiterbildung auch in Teilzeit anzubieten, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die attraktive Möglichkeit zu eröffnen, ihre Qualifikation zu erhöhen und neue Berufsfelder mit neuen Entwicklungsperspektiven zu erschließen. Weiter setzen wir uns dafür ein, die Erwachsenenbildung im Prozess der „Digitalisierung in der Arbeitswelt M-V“ stärker einzubinden und die Unterstützung des Kompetenzzentrums landespolitisch zu verstetigen. Des Weiteren werden wir dafür eintreten, die konzeptionellen Rahmenbedingungen der Erwachsenenbildung in M-V zu stärken, etwa durch eine praxisnahe Handreichung für einen zeitgemäßen, digitalen Unterricht aus Perspektive der Teilnehmenden.

**DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Volkshochschulen müssen wie die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in den Digitalpakt einbezogen werden. Auch sie müssen Zuschüsse für die notwendige digitale Infrastruktur, ggf. auch für Endgeräte für Lehrende sowie Schülerinnen und Schüler erhalten. Das betrifft zuvörderst die Bereiche des zweiten Bildungsweges sowie der Grundbildung/Alphabetisierung. Wir setzen uns seit langem für eine entsprechende Förderung der Volkshochschulen ein.

**FDP Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Ungleichbehandlung zwischen den Bildungsträgern muss auf jeden Fall beendet werden. Die generelle Auszahlung der Mittel aus dem Digitalpakt leidet unter einer übermäßigen Bürokratisierung, die wir abbauen wollen. Wir sehen auch, dass die Bereitstellung von mobilen Endgeräten an VHS einfacher ist, da die Geräte im Gegensatz zu Schulen leichter von mehreren Teilnehmern in verschiedenen Kursen genutzt werden können. Wir wollen den Stau im Mittelabfluss beenden, damit nicht weiter Gelder ungenutzt bleiben, die in der Bildung genutzt werden können und vor allem ja auch dringend benötigt werden.





# Digitale Datenwelt im Handumdrehen.

Mit unserer App: Stadt | Land | DatenFluss



Die neue App der vhs vermittelt spielerisch den Einstieg in digitale Themen, begeistert für neue Technologien und schärft den Blick für einen bewussten Umgang mit Daten in der digitalen Welt.

Hier kostenlos downloaden!



[www.stadt-land-datenfluss.de](http://www.stadt-land-datenfluss.de)



Stadt | Land | DatenFluss

### 3. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Demokratiebildung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Volkshochschulen sind aufgrund ihrer weiten Präsenz und Vernetzung im Land ideale Partner für sowohl niederschwellige als auch anspruchsvolle politische Bildungsarbeit.

**Frage: Was schlagen Sie vor, gemeinsam mit uns zu tun, um die Potenziale der Volkshochschulen für politische Bildung besser nutzbar zu machen?**

#### **SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Unsere Demokratie braucht die Unterstützung und aktive Beteiligung durch informierte Bürgerinnen und Bürger. Politische Bildung „von Anfang an“ ist daher eine fortwährende Aufgabe der Demokratie. Alle Bildungseinrichtungen verstehen wir als Orte der politischen Bildung, da diese Menschen lebenslang begleitet. Deshalb brauchen wir altersgerechte Angebote zur politischen Bildung bereits ab dem Kindergarten und durchgängig bis zur Berufsschule und Erwachsenenbildung. Wir wollen bewährte Programme, wie das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz weiterführen. Hierzu bedarf es einer starken, auskömmlich finanzierten Landeszentrale für politische Bildung, der Regionalzentren für demokratische Kultur und einer vielfältigen und ausreichend geförderten Träger- und Gedenkstättenlandschaft.

#### **CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Politische Weiterbildung ist, neben der beruflichen und ehrenamtsbezogenen Qualifizierung, ein wichtiger Baustein für die Stärkung des Vertrauens in rechtsstaatliche Verfahren, Demokratiebildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie weiterzuentwickeln mit digitalen und niedrigschwelligen Angeboten ist ein zentrales, politisches Handlungsfeld, welches die CDU M-V auch zukünftig unterstützen wird. Gemeinsam mit den VHS und der Landeszentrale für politische Bildung möchten wir ausloten, welche Formate besonders geeignet sind (Podiumsdiskussionen, Zukunftswerkstätten, Fachverträge, digitale Formate), um möglichst viele Menschen zu erreichen. Wichtig ist dabei, eine direkte Kommunikation zu ermöglichen und Möglichkeiten der politischen Partizipation, z.B. in der Kommunalpolitik, aufzuzeigen.

#### **DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Seit jeher sind die Volkshochschulen Stätten der politischen Bildung. Aufgrund wirtschaftlicher Zwänge geht die Zahl der Veranstaltungen mit politischen Inhalten allerdings seit Jahren zurück. Daher muss künftig sichergestellt werden, dass die Ausstattung der Volkshochschulen für Veranstaltungen der politischen Bildung verbessert wird. Das kann beispielsweise über eine engere Verknüpfung der Volkshochschulen mit der Landeszentrale für Politische Bildung erfolgen. Dafür müssen die Mittel im Landehaushalt für Veranstaltungen der Landeszentrale aufgestockt werden, die für Veranstaltungsreihen der Volkshochschulen genutzt werden können.

### ***AfD Mecklenburg-Vorpommern:***

Nach Ansicht der AfD liegt die Hauptaufgabe der Volkshochschulen darin begründet, die Alphabetisierung der Bevölkerung zu verbessern, mathematische Grundbildung zu vermitteln, anerkannte Schulabschlüsse zu ermöglichen und arbeitsplatzorientierte Weiterbildungen und Sprach-/ Integrationskurse anzubieten.

Eine Demokratiebildung gehört nach unserer Auffassung nur begrenzt in den Zuständigkeitsbereich der Volkshochschulen. In einer solchen Demokratiebildung muss sichergestellt sein, dass die Bürger befähigt werden, demokratische Prozesse zu verstehen, divergierende Meinungen zu akzeptieren und Widerspruch zu ertragen.

Bei dem Vermitteln der Vorteile eines offenen Diskurses muss dieser aber auch im Unterricht angewandt werden und die Volkshochschulen und ihre Dozenten unbedingt parteipolitische und weltanschauliche Neutralität wahren.

### ***FDP Mecklenburg-Vorpommern:***

Die VHS haben die Möglichkeit regional an politischen Themen zu arbeiten und so politische Bildung auf der lokalen Ebene zu forcieren. Besonderen Bedarf erkennen wir im Bereich der ostdeutschen Bundesländer. Hier ist zu hinterfragen, ob tatsächlich alle Bürgerinnen und Bürger, die sich im Zeitpunkt der Wiedervereinigung nicht mehr in Ausbildung oder Studium befanden, in der politischen Bildung mitgenommen wurden. Auf Bundes- und Landesebene existiert bereits ein großes Angebot von politischen Stiftungen, hier sehen wir die Möglichkeit deren Angebot auch über die VHS mit regionalen Experten zu erweitern und so bestehende Lücken zu schließen. Insbesondere Onlineveranstaltungen sehen wir hierfür als geeignet an.

### ***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:***

Demokratiebildung wird immer wichtiger angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung und eines Vertrauensverlusts gegenüber Medien und staatlichen Institutionen bei einem Teil der Bevölkerung. Die Volkshochschulen, aber auch andere Träger der Weiterbildung und der politischen Bildung, leisten dabei bereits jetzt einen wichtigen Beitrag. Die Möglichkeiten zur Bildungsfreistellung/zum Bildungsurlaub werden noch nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen. Für Demokratie- und Nachhaltigkeitsbildung möchten wir noch mehr Kooperationen der Volkshochschulen mit kleineren Bildungsträgern, Expert\*innen und Initiativen aus den Bereichen Friedens-, Umweltschutz-, Nachhaltigkeits-, Demokratie-, Integrations-, Inklusions-, Entwicklungshilfe-, Kultur-, LGBTIQ- und Frauenbildung fördern.



#### 4. Nachhaltigkeit

Die globale Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen identifiziert Bildung als ein wesentliches Handlungsfeld, um Menschen für eine zukunftsfähige Lebensweise zu qualifizieren. Eine systematische Bildung der breiten Bevölkerung für nachhaltige Lebensweisen und zur Beteiligung an den dafür notwendigen Transformationsprozessen bedarf fundierter Kurskonzepte und qualifizierter Lehrkräfte.

**Frage: Wie möchte Ihre Partei diesen Ansatz der Qualifizierung breiter Bevölkerungskreise für nachhaltige Entwicklung unterstützen?**

##### **SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Angesichts der aktuellen Herausforderungen ist es zunehmend die politische Verantwortung, die ökonomischen und sozialpolitischen Ziele mit den Belangen des Umweltschutzes überein zu bringen. Der Wunsch, nachhaltiger zu leben, ist bei den Menschen unterschiedlich stark ausgeprägt. Deswegen ist es uns wichtig, so früh wie möglich das Interesse für Naturschutz, gesunde Ernährung und ökologisch vertretbare, wirtschaftliche Entwicklung zu wecken und dahingehende Angebote zu machen.

Für eine gute fachliche Erwachsenenbildung finanzieren wir die Landeslehrstätte für Naturschutz und nachhaltige Entwicklung M-V. Die Landeslehrstätte bietet allen Interessierten ein reichhaltiges Programm zu Umwelt-, Natur und Nachhaltigkeitsthemen.

Um die Qualität von außerschulischen BNE-Angeboten zu verbessern und darzustellen, wurde gemeinsam mit den Bundesländern Hamburg und Schleswig-Holstein ein kostenloses Verfahren zur Qualifizierung und Zertifizierung für BNE-Akteure entwickelt. Zertifiziert sind bspw. das Jugendwaldheim Dümmer, das Biosphärenreservat Schaalsee-Elbe oder der Naturpark Stettiner Haff. In M-V gibt es derzeit 25 zertifizierte Bildungseinrichtungen und Institutionen. Das BNE-Netzwerk hat seinen Schwerpunkt derzeit im schulischen Kontext. Es könnte aber ebenso in der Erwachsenenbildung Anwendung finden. Das heißt konkret, Kursteilnehmenden und Kursleitenden Fähigkeiten bzw. Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, um die Zusammenhänge von Natur und Umwelt, Wirtschaft und Sozialem im globalen Kontext zu erkennen, verantwortlich zu handeln sowie an einer lebenswerten Zukunft aktiv mitzuwirken. Themengebiete wie Partizipation, Eine-Welt, Umgang mit der Natur, Lebensräume gestalten, Landwirtschaft, Ernährung, Mobilität usw. könnten fächerspezifisch und fächerübergreifend unter ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten bearbeitet werden. BNE bietet dabei auch Ansatzpunkte für Inklusion und interkulturelles Lernen. Wir werden diese und andere Maßnahmen auch in der nächsten Legislatur fortsetzen. Sehr gerne können Sie uns mitteilen, welche Möglichkeiten Sie sehen, um noch breitenwirksamer zu werden.

##### **CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als Qualifizierungsziel der Erwachsenenbildung muss in erster Linie als integrale Querschnittsaufgabe gedacht werden, die sich in allen Angeboten der Weiterbildung abbildet. Da sich die CDU M-V für eine konzeptionelle Handreichung der Erwachsenen- und Weiterbildung einsetzt, muss der Ansatz der BNE bereits auf landespolitischer, inhaltlicher Ebene eine prominente Berücksichtigung finden. Ebenso muss dieser Ansatz bei einer möglichen Auflegung eines digitalen Förderprogramms für die Breitenbildung mitgedacht werden.

##### **DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

Ein nachhaltiges Leben wird in Zeiten schwindender Ressourcen und des Klimawandels immer wichtiger. Die Gesellschaft muss sich in allen Bereichen darauf einstellen. Es ist erforderlich, dass breite Schichten der Bevölkerung dies erkennen und lernen, wie sie selbst ihr Leben nachhaltig gestalten können, auch um die begrenzten Ressourcen nicht weiter zu verschwenden. Für die Vermittlung dieses Wissens können Volkshochschulen eine entscheidende Rolle einnehmen. Dafür müssen sie aber auch materiell und finanziell in die Lage versetzt werden, entsprechende Angebote zu erarbeiten und möglichst vielen Menschen anzubieten. Eine auskömmliche wirtschaftliche Ausstattung kann über den Landeshaushalt oder eine verbesserte Unterstützung der kommunalen Träger erfolgen.

**AfD Mecklenburg-Vorpommern:**

Nach Ansicht der AfD liegt die Hauptaufgabe der Volkshochschulen darin begründet, die Alphabetisierung der Bevölkerung zu verbessern, mathematische Grundbildung zu vermitteln, anerkannte Schulabschlüsse zu ermöglichen und arbeitsplatzorientierte Weiterbildungen und Sprach-/Integrationskurse anzubieten. Eine Qualifizierung breiter Bevölkerungsschichten in Sachen nachhaltige Entwicklung sehen wir nicht als vorrangigste Aufgabe der Volkshochschulen an.

Fragen zum Thema Nachhaltigkeit sollten in gesonderten lebensweltorientierten Volkshochschulkursen diskutiert werden, eine Priorisierung solcher Fragen im Kursangebot der VHS bedarf es unserer Auffassung nach jedoch nicht.

**FDP Mecklenburg-Vorpommern:**

Nachhaltigkeit ist auch für uns ein wichtiges Thema. Um den Gedanken stärker in der Gesellschaft zu verankern fordern wir mehr Unterstützung für konkrete Projekte, die nachhaltig sind. Einzelne Kurse erreichen aus unserer Sicht nicht die erwünschte Wirkung und sprechen zu wenige Menschen direkt an. Sie können aber Denkanstöße geben und Multiplikatoren freisetzen, die in ihrem Umfeld mit konkreten Maßnahmen ein neues ressourcenschonendes Bewusstsein schaffen. Nachhaltigkeit ist begrifflich aber auch deutlich mehr als Klimawandel und Umwelt- und Naturschutz. Nachhaltigkeit hat vor allem etwas mit Generationengerechtigkeit und gerechtem Ressourcenumgang in jeder Generation zu tun. Hier könnte eine wichtige Aufgabe für Volkshochschulen liegen, die Generationen hinsichtlich dieser Fragen zusammenzubringen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:**

Siehe Frage 3

Lerne klimafreundlich zu handeln.

Finde deinen Kurs  
[volkshochschule.de](http://volkshochschule.de)

vhs Volkshochschule Musterstadt

EISBERG RETTERIN

The advertisement features a young woman with curly hair and glasses, smiling, wearing a white t-shirt with the text 'EISBERG RETTERIN' printed on it. The background is a solid blue color with white line drawings of mountains. A dark blue circle contains the text 'Finde deinen Kurs' and the website 'volkshochschule.de'. The logo for 'vhs Volkshochschule Musterstadt' is in the bottom left corner.

## 5. Alphabetisierung/Grundbildung/Schulabschlüsse

Die Zahl der Erwachsenen, die in Deutschland nicht ausreichend lesen und schreiben können, ist mit ca. 6,2 Millionen immer noch dramatisch hoch. Angesichts einer Schulabbrecherquote in M-V in Höhe von 8,8 % gilt es, die Alphabetisierung/Grundbildung und den Zweiten Bildungsweg auch künftig als gesellschaftlich relevante Aufgaben der Volkshochschulen anzuerkennen, für die das Land neben den Kommunen eine Verantwortung und Zuständigkeit hat.

Der „Lehrkräftemangel“ wirkt sich auch an Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern negativ auf die Entwicklung des Fachbereiches Alphabetisierung/Grundbildung/Schulabschlüsse aus. Es gibt immer weniger Lehrer\*innen im Ruhestand, geschweige denn aktiv im Schuldienst befindliche Lehrkräfte, die motiviert und gewillt sind, den zweiten Bildungsweg zu unterstützen.

**Fragen: Wie wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, ihre Aufgaben in den Bereichen Grundbildung/Alphabetisierung und Zweiter Bildungsweg aufrecht zu erhalten? Was halten Sie von einem seitens der Landesregierung und den Universitäten/Hochschulen unterstützten Lehrkräftepersonalkonzept für den zweiten Bildungsweg an Volkshochschulen?**

### **SPD Mecklenburg-Vorpommern:**

Die Volkshochschulen sind für uns nicht zuletzt deshalb bedeutsame Grundpfeiler unseres Bildungssystems, da sie Wege aus dem Analphabetismus bieten und Betroffenen eine große Hilfe sein können. Dabei wollen wir Sie weiter unterstützen und insbesondere bei den Personalplanungen für den Schulbereich berücksichtigen. Seit dem Schuljahr 2014/15 wurde sukzessive die Gebührenfreiheit in den Kursen zum Nachholen der Schulabschlüsse der Berufsreife und der Mittleren Reife auf dem Zweiten Bildungsweg gemäß § 32 Schulgesetz eingeführt. Dafür gewährt das Land einen Zuschuss für die Kosten des pädagogischen Personals in Höhe von 20 Euro je Unterrichtseinheit. Zusätzlich werden diese Kurse mit Landesmitteln über das Weiterbildungsförderungsgesetz in Höhe von ca. 20 Euro pro Unterrichtseinheit gefördert. Die Landesförderung beträgt für sämtliche Kosten somit derzeit ca. 40 Euro pro Unterrichtseinheit. Uns ist aus gemeinsamen Gesprächen bekannt, dass die Differenz zu den Honoraren bei Integrationskursen bei vergleichbaren Tätigkeiten zu einer Umorientierung von Kursleitenden aus dem Zweiten Bildungsweg in den Integrationskursbereich führte. Wir sind uns zudem bewusst, dass es ungeachtet der Reaktion einiger Landkreise und Städte mit einer moderaten Anhebung der Honorare im Zweiten Bildungsweg immer schwieriger für die Volkshochschulen wird, Lehrkräfte für den Zweiten Bildungsweg zu gewinnen, weshalb wir sie bei den Personalplanungen für den Schulbereich berücksichtigen werden. Denkbar wäre ebenso ein von Seiten der Landesregierung und den Hochschulen unterstütztes Lehrkräftepersonalkonzept. So könnten Studenten\*innen für diese Lehrtätigkeit gewonnen werden.

### **CDU Mecklenburg-Vorpommern:**

Die CDU M-V unterstützt die VHS als verlässliche Partner der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung, da Literalisierte bei der gesellschaftlichen Teilhabe sowie der beruflichen Entwicklung gravierenden Benachteiligungen konfrontiert ausgesetzt sind. Diese Hürden abzubauen und Erwachsene in ihren Lese- und Schreibkompetenzen zu unterstützen, bleibt ein zentrales, bildungspolitisches Ziel. Gemeinsam wollen wir mit den VHS konzeptionell das Fortbildungsbildungsangebot zielgerichtet fortentwickeln und konzeptionell landesseitig unterstützen. Ein seitens der Landesregierung und den Universitäten bzw. Hochschulen forciertes Lehrkräftepersonalkonzept speziell für den zweiten Bildungsweg an VHS wird durch die CDU M-V unterstützt.

### **DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern:**

In den Bereichen des zweiten Bildungsweges sowie der Grundbildung und Alphabetisierungen sind die VHS zentrale Säulen des Bildungssystems. Aus diesem Grunde müssen die vorhandenen Strukturen erhalten, ausgebaut und langfristig gesichert werden. Menschen müssen die Chance haben, auch nach ihrer Schulzeit ihren Schulabschluss nachzuholen und sich weiter zu qualifizieren. Die grundlegende Voraussetzung hierfür ist neben einer auskömmlichen Finanzausstattung der VHS eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften, die die Kurse durchführen können. Dies ist angesichts des allgemeinen Lehrkräftemangels eine immense Herausforderung. Wir setzen uns seit Jahren für eine Reform der Lehramtsausbildung ein, damit endlich mehr ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen.

### **AfD Mecklenburg-Vorpommern:**

Die AfD sieht angesichts der hohen Anzahl an Schulabbrechern unser Bildungssystem stark reformbedürftig.

Neben einer deutlichen Reduzierung der Schulabbrecherquote muss der zweite Bildungsweg, der einen nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses ermöglicht, ausgebaut werden. Gleichwohl führt der durch die Politik zu verantwortende Lehrermangel zu dem Dilemma, dass auch im Bereich der Erwachsenenbildung immer weniger gut ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen und dass heute bereits viele Seiteneinsteiger als Lehrkräfte in den Schulen tätig sind. Die AfD sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Lehrermangel durch eine Reduzierung der Studienabbrecherquote im Lehramtsstudium zu beheben und durch die Schaffung einer pädagogischen Hochschule deutlich mehr Lehrkräfte auszubilden. Dies würde auch den Volkshochschulen helfen, die dann wieder auf einen größeren Pool von Lehrern zurückgreifen könnten.

Neben dem Lehrermangel ist jedoch die sich immer schwieriger gestaltende Gewinnung von Kursteilnehmern ein großes Problem. Es muss deutlich gemacht werden, dass jeder Bürger einen Schulabschluss vorweisen sollte und dass die Volkshochschulen dafür ein niedrigschwelliges Angebot bereithalten.

Hemmnisse, wie verpflichtende Arbeitsplatzangebote der Bundesagentur für Arbeit während eines Lehrgangs, müssen daher unbedingt auf den Prüfstand.

Durch eine Erhöhung der Honorare für Kursleiter könnten mehr pensionierte oder aktive Lehrkräfte für eine Tätigkeit im zweiten Bildungsweg gewonnen werden. Es wäre zu prüfen, welche weiteren Vergünstigungen dazu beitragen könnten. Ein landesseitig unterstütztes Lehrkräftepersonalkonzept für den zweiten Bildungsweg als „großer Wurf“ stünde in der Gefahr, durch staatlichen Dirigismus das Regelschulsystem personell noch stärker zu belasten.

### **FDP Mecklenburg-Vorpommern:**

Der zweite Bildungsweg muss unbedingt erhalten bleiben. Wir Freie Demokraten erachten das bestehende Angebot als enorm wichtig, um zuvor entstandene Lücken zu schließen und den Menschen mehr berufliche Chancen zu eröffnen. Dafür brauchen wir mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung für die Arbeit der VHS. Es muss allen Menschen bewusst sein, welche guten und wichtigen Angebote im Rahmen der VHS bestehen und wie sie diese wahrnehmen können.

Wir unterstützen prinzipiell den Gedanken sekundäre Bildung zu fördern und in eine langfristige Planung aufzunehmen. Schwierigkeiten in der Umsetzung sehen wir insbesondere darin, dass wenige Vollzeitlehrkräfte nur abends arbeiten wollen. Daher ist für uns eine Aufteilung der Wochenstunden zwischen den Schulen und der VHS denkbar.

Diese Kooperation mit Schulen wollen wir prinzipiell ermöglichen, sehen aber nur dann eine Umsetzung als realistisch an, wenn die regulären Schulen genügend Lehrkräfte haben, um den Wegfall der Stunden auszugleichen. Wir müssen daher den Lehrermangel als ein übergreifendes Problem betrachten, für dessen Beseitigung Einzelösungen nicht zielführend sind. Die Schulformen müssen gemeinsam mit der Politik daran arbeiten, die Probleme zu lösen.

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V:**

Die hohe Zahl von Analphabet\*innen wird auch in M-V nach wie vor unterschätzt. Zugleich hat der zweite Bildungsweg wegen der hohen Abbruchquoten im ersten Bildungsweg in unserem Bundesland eine besondere Bedeutung. Ein signifikanter Anteil der Schulabbrecher schafft über diesen Weg schließlich doch noch einen berufsqualifizierenden Abschluss. Diese Leistung wird oft übersehen. Wir als GRÜNE wollen das gebührenfreie Nachholen von Schulabschlüssen an VHS dauerhaft sichern und dem Kursleiter- und Lehrkräftemangel durch höhere Honorarsätze entgegen wirken. Bei der Umschulung von Arbeitssuchenden wollen wir längere Ausbildungszeiten fördern, um die hohen Abbruchquoten in den derzeit verkürzten Ausbildungsgängen zu senken. Wir wollen die Möglichkeiten des 2. Bildungsweges noch bekannter machen und Lernende bei der Bewältigung stärker unterstützen. Entscheidend für die Qualität des Angebots ist es, qualifizierte Lehrpersonen einsetzen zu können. Wir wissen, dass u.a. der Lehrkräftemangel an den Schulen des Landes und die damit verbundene verstärkte Beschäftigung von Seiteneinsteiger\*innen, Pensionär\*innen usw. wiederum zu erheblichen Personal-sorgen bei den VHS geführt hat. Ein Lehrkräftepersonalkonzept für den 2. Bildungsweg kann hier ein richtiger Ansatz sein. So wäre eine Aufnahme in die Lehrerbedarfsprognose sinnvoll. Geprüft werden muss, ob es für bestimmte Ausbildungsgänge oder Zusatzqualifikationen eine entsprechende Nachfrage von potenziellen Lehrpersonen gibt. Ebenso entscheidend ist aus Sicht der GRÜNEN MV, den Lehrkräftemangel an den Schulen systematisch anzugehen, um die Fachkräftewettbewerb zwischen 1. und 2. Bildungsweg zu beenden. Dies stellt eines unserer wichtigsten bildungspolitischen Ziele dar, das wir u.a. mit Erhöhung der Studienkapazitäten, Reform des Lehramtsstudiums und Verbesserungen im Vorbereitungsdienst erreichen wollen.